

und Vergütung für Selbstverpackung 10 $\%$ für je 100 verpackte Zeitungsnummern.

3) Konservative: 10 Prozent vom Abonnement, 10 $\%$ pro Erscheinen, 10 $\%$ pro Kilogramm.

4) Centrum: 10 Prozent vom Abonnement, 10 $\%$ für jedes wöchentliche Erscheinen, 5 $\%$ pro Kilogramm Jahresgewicht.

5) Sozialdemokraten: 5 Prozent vom Abonnement, mindestens aber 40 $\%$ jährlich, 10 $\%$ pro Erscheinen, 10 $\%$ pro Kilogramm. Sämtliche Kommissionsvorschläge fordern Freigewicht von 1 Kilogramm für jedes Erscheinen in der Woche.

Abgeordneter Dr. Haffe (nl.) bezeichnete den jetzigen Zustand für unhaltbar. Aber die Regierungsvorlage gehe zu weit, am annehmbarsten erschienen die Vorschläge des Centrums. — Staatssekretär v. Podbielski betont wiederum, daß es sich für die Post nicht um Mehreinnahmen handle, sondern darum, daß die Post entsprechend ihren Leistungen entschädigt werde, was zur Zeit nicht geschehe. — Abgeordneter Dr. Paasche (nl.) ist für die Regierungsvorlage. Die Zeitungsbesförderung mache der Post viel Arbeit und bringe nicht die entsprechende Einnahme. Im Prinzip sei er ein Gegner der Berechnung nach dem Abonnementspreis, er hoffe aber, daß jeder etwas nachgeben und so eine Verständigung erreicht werden würde. — Abgeordneter Horn-Goslar (nl.) schildert die Notlage der Druckpapierindustrie. Diese befürchte, durch den neuen Tarif einen Rückgang des Papierkonsums um 10 Prozent und infolgedessen ein Sinken der Preise zu erfahren. Er bittet, den Verhältnissen der Papierindustrie Rechnung zu tragen und zunächst als Uebergang nur 5 $\%$ pro Kilogramm festzusetzen. — Staatssekretär v. Podbielski weist darauf hin, daß das Freigewicht besonders der Papierindustrie zu gute komme. Danach komme über die Hälfte der Zeitungen bei der Gewichtsberechnung nicht in Frage. Die Papierindustrie müsse sich durch verbesserte technische Einrichtungen zu halten suchen. Nach eingehender Prüfung sei er zu der Ueberzeugung gelangt, daß es mit der Papierindustrie nicht so schlimm stehe, wie es von Petenten dargestellt werde. — Abgeordneter Müller-Fulda (C.): Die weitere Ausdehnung der Generalanzeigerpresse, eine Folge des seitherigen verkehrten Tarifs, müsse verhindert werden. Die großen Ueberschüsse der Post seien nur eine Folge der unentgeltlichen Beförderung der Eisenbahnen. Aber angesichts der großen Masse der beförderten Zeitungen seien die Einnahmen doch sehr gering, die Post habe jetzt sogar ein Defizit bei der Zeitungsbesförderung. Die Regierungsvorlage sei eigentlich das richtigste, aber um möglichst schonend vorzugehen, müsse man einzelnes beschränken und ändern. Ohne Mehreinnahmen für die Post sei das Gesetz unmöglich, der Abonnementspreis müsse als Maßstab für ein Uebergangsstadium beibehalten werden. Redner empfiehlt schließlich die Einsetzung einer Subkommission. — Staatssekretär v. Podbielski: Es sei die höchste Zeit, den Tarif zu ändern, je länger man es aufschiebe, um so schlimmer werden die Verhältnisse. Er sei zur Verständigung bereit. Eventuell könnte man ein Uebergangsstadium schaffen und nach ein paar Jahren den Tarif abermals revidieren. — Müller-Sagan (fr. Vp.) hält ein Uebergangsstadium für bedenklich. Für alle Beteiligten sei es besser, auf definitiver, gesicherter Grundlage zu wirtschaften. Man möge sich aber gleich entscheiden, nicht erst eine Subkommission niederlegen. Die Befürchtungen, die an die Aenderung des Tarifs geknüpft sind, werden übertrieben, auch die augenblickliche Konjunktur der Papierindustrie sei nicht so ungünstig.

Gewerbeordnungs-Novelle. — Aus der Sitzung der „Ältesten der Berliner Kaufmannschaft“ vom 24. April ist in

Bezug auf die Stellungnahme der Körperschaft zur Gewerbeordnungsnovelle folgendes zu berichten:

Die Sachverständigen-Kommission für gewerbliche Angelegenheiten hatte den dem Reichstage vorgelegten Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung (Ruhepause der Angestellten im Handelsgewerbe, Ladenschluß etc.), einer Beratung unterworfen und das Ältestenkollegium ersucht, zu einigen Bestimmungen der Novelle Abänderungen zu beantragen. Die Ältesten beschloßen, in Rücksicht auf die Erörterungen während der ersten Lesung des Reichstags auch die von verschiedenen Mitgliedern desselben zu diesem Gesetzentwurf gestellten Anträge durch eine Kommission einer Prüfung unterziehen zu lassen und erst danach in die Beschlußfassung über eine eventuelle Petition an den Reichstag einzutreten.

Amtsveränderungen von Bibliothekaren. — Der bisherige Direktor der königlichen und Universitäts-Bibliothek zu Königsberg i. Pr., Herr Dr. Paul Schwenke, und der bisherige kommissarische Vorsteher der königlichen Landes-Bibliothek zu Wiesbaden, Ober-Bibliothekar an der Universitäts-Bibliothek zu Göttingen, Herr Dr. Johannes Franke, sind zu Abteilungs-Direktoren an der königlichen Bibliothek zu Berlin ernannt worden.

Bibliographischer Kongreß. — Das Organisations-Komitee des internationalen bibliographischen Kongresses, der in den Tagen vom 16. bis 18. August 1900 in Paris abgehalten werden soll, hat sich dort vor kurzem gebildet. Es wurden gewählt: zum Präsidenten General Sebert, Mitglied des Institut de France, zum Vizepräsidenten der Präsident der geographischen Gesellschaft Prinz Roland Bonaparte, zu Generalsekretären die Herren Franz Fund-Brentano (Bibliothèque de l'Arsonal) und Schriftsteller Gaston Moth.

Tierärzte-Kongreß. — Der VII. internationale tierärztliche Kongreß wird vom 7. bis 12. August d. J. in Baden-Baden tagen. Die Sitzungen werden im Konversationshause stattfinden.

Pensionsanstalt deutscher Journalisten und Schriftsteller. (Bgl. Nr. 70 d. Bl.) — Zu den schon früher (in Nr. 70 d. Bl.) hier mitgeteilten Abschlußziffern vom Jahre 1898 sei nach dem jetzt ausgegebenen Geschäftsbericht nachgetragen, daß das Vermögen der Pensionsanstalt 430000 \mathcal{M} beträgt. — Das Bureau der Anstalt, München, Max-Joseph-Straße 1/0, versendet auf Wunsch den Bericht und die übrigen Drucksachen kostenlos an alle Interessenten.

Ostermeß-Ausstellung im Deutschen Buchhändlerhause zu Leipzig. — Die buchhändlerische Ostermeß-Ausstellung im Deutschen Buchhändlerhause zu Leipzig ist am 29. d. M. eröffnet worden. Sie befindet sich in den gewohnten Sälen im ersten Stock des nach dem Gerichtsweg zu gelegenen Flügels (Eingang: Hospitalstraße, III. Portal).

Personalmeldungen.

† Dr. Otto Eiben. — Der langjährige Herausgeber und Verleger des „Schwäbischen Merkur“, Herr Dr. Otto Eiben in Stuttgart, ehemaliger Reichstags- und württembergischer Landtags-Abgeordneter, ist am 28. April gestorben.

Anzeigebblatt.

Gerichtliche Bekanntmachungen.

Konkursöffnung.

Ueber das Vermögen des Musikwarenhändlers **Max Franke** zu Halle a. S., alte Promenade Nr. 9, ist durch Beschluß des königlichen Amtsgerichts, Abteilung 7, zu Halle a. S. am 26. April 1899, vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Verwalter: Verbands-Revisor **Albert Brand** zu Halle a. S., Lessingstraße Nr. 40. Offener Arrest mit Anzeigefrist und Frist bis zum 25. Mai 1899. Frist zur Anmeldung der Konkursforderungen bis 11. Juni 1899. Erste Gläubigerversammlung den 29. Mai 1899, vormittags 10 Uhr, allge-

meiner Prüfungstermin den 23. Juni 1899, vormittags 10 Uhr, Zimmer Nr. 31.

Halle a. S., den 26. April 1899.

Große, Kanzlei-Rat,
Gerichtsschreiber des kgl. Amtsgerichts. Abt. 7.

[20397] Bekanntmachung.

Die Konkursverwaltung im Konkurs über das Vermögen der Firma **Caesar Fritsch**, Inhaber **Heinrich Plach**, in München, beabsichtigt, die vorhandenen Warenvorräte, Bücher und Kunstgegenstände, mit dem laufenden Geschäfte und eventuell den Außenständen freihändig zu verkaufen.

Angebote nimmt innerhalb 8 Tagen der unterfertigte Konkursverwalter entgegen.

Derselbe erklärt sich auch bereit, wünschenswerte Aufschlüsse zu erteilen.

München, den 28. April 1899.

Dr. Kugelmann,
Rechtsanwalt.

[20388] Die an die Konkursmasse der **Pahlischen Buchhandlung**, A. Haase, Verlag in Leipzig, zu zahlenden Beträge bitte ich an mich als Konkursverwalter direkt einzusenden.

Rechtsanwalt **Dr. Oppermann**,
Zittau.